

Der gesteigerte Wirtschaftsbetrieb\*) in Industrie und Landwirtschaft veränderte auch die Lebenshaltung und die gesellschaftlichen Verhältnisse. Die kapitalistische Produktion veranlaßte ein Übergehen der kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter in die Fabriken und ihre Ansammlung in Städten und Industriebezirken. Bald traten die Schäden der neuen Produktionsweise zutage und schufen die Arbeiterfrage. Als solche Schäden wären zu nennen: die Unsicherheit im wirtschaftlichen Leben, hervorgerufen, abgesehen von Krankheiten, Betriebsunfällen, Alter und Invalidität, durch Stockung auf dem Weltmarkte infolge von Überproduktion, Änderung der Zollpolitik, Aufstellung von kunstvollen Maschinen, die viel Handarbeit ausschließen u. a. m.; die Heranziehung der Frauen und Kinder in die Fabrik (neuerdings sehr eingeschränkt, s. S. 215); die Heimstättenarbeit; die zunehmende Kluft des Gegensatzes zwischen arm und reich, der allerdings auch eine Annäherung auf gewissen Gebieten gegenübersteht, so wenn der Arbeitgeber in Fühlung mit seinen Arbeitern für ihr geistiges und leibliches Wohl sorgt, wenn in Wohltätigkeitsbestrebungen durch Volksschulen, Ferienkolonien, Gesundheitsheime für das Wohl Unbemittelter eingetreten wird.

Diese Schäden bildeten den Boden für eine sozialistische Bewegung. Das wirtschaftliche Leben der Gegenwart mit seiner auf Erzeugung und Verwendung von Gütern gerichteten Tätigkeit, hat das Recht des Einzelnen, Eigentum zu besitzen und zu erwerben und über seine Nutzung zu bestimmen, zur Voraussetzung. Diese Wirtschaftsordnung wird durch die bestehende Rechts- und Staatsordnung, deren Gestaltung sie zum Teil bedingt, geschützt und aufrechterhalten. Sie führt zu einer Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Berufsstände, der auch die sozialen Gegensätze von reich und arm samt den dazwischenliegenden Abstufungen entspringen.

Diese ganze auf dem Sondereigentum beruhende Wirtschaftsordnung und die mit ihr in Wechselwirkung stehende Rechts- und Staatsordnung betrachtet der Sozialismus als verkehrt; er fordert an Stelle des Privateigentums Gemeineigentum und planmäßige Regelung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit durch die Gesamtheit, womit eine völlige Änderung der Rechts- und Staatsordnung zusammenhängt.

Diejenige Partei, die eine Verwirklichung sozialistischer Forderungen in einem demokratischen Staate, in der dem Lohnarbeiter die Herrschaft zufällt, anstrebt, ist die Sozialdemokratie. Sie geht von dem Gedanken aus, daß bei der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftsordnung eine Anhäufung von Produktionsmitteln (Geld) in wenigen Händen eintreten werde, die notwendig zur Mehrung der Großbetriebe, zur Vernichtung der Kleinbetriebe und zur Vermehrung des Proletariats führen müsse. Dem sei nur dadurch abzuhelfen, daß man das Privat-

\*) Vgl. Gudert, Sammlung sozialpädagogischer Aufsätze. Paderborn, Schöningh, S. 108 ff.